

Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 14.02.2006

Vorlage Nr. 05-F-03-0103

Zentrales Bürgerbüro für Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.09.2005 -

Vorbemerkung: Die Nachbargemeinden Bad Schwalbach, Taunusstein wie die benachbarte Landeshauptstadt Mainz verfügen über moderne, ansprechende Bürgerbüros mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot. Dies sollte Ansporn für die Landeshauptstadt Wiesbaden sein, ihren Bürgerservice durch ein zentrales Bürgerbüro an einem mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Standort in der Innenstadt zu ergänzen. Die vorgesehene Reduktion der Verwaltungsdienststellen auf drei Standorte und die geplante Errichtung eines städtischen Behördenzentrums sind zudem gute Voraussetzungen besucherintensive Ämter an einem Standort mit Bürgerbüro zu bündeln.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert ein Konzept für ein zentrales Bürgerbüro mit einem umfassenden Bürgerservice in der Innenstadt vorzulegen und in Abstimmung mit den Planungen für die Umstrukturierung der Verwaltungsdienststellen einen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Standort vorzuschlagen.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten zu berichten:

- Welche Aktivitäten er seit Beschlussfassung des Ausschusses über die wünschenswerte Einrichtung "zentrales" Bürgerbüro in der Innenstadt (Beschluss Nr. 0008 vom 25.1.05, Pkt. 1, vierter Spiegelstrich) unternommen hat?
- Wie bewertet der Magistrat den Bürgerservice der Stadt Mainz, die bei leicht reduziertem Personalbestand neben den 15 Ortsverwaltungen ein zentrales, gut erreichbares Bürgerbüro mit weit mehr als 20 städtischen Dienstleistungen vorhält?
- Teilt der Magistrat die Auffassung der Mainzer Verwaltung, dass die Bündelung besucherintensiver Ämter an einem Standort mit Bürgerbüro sowie ein ausgeklügeltes EDV-System kombiniert mit einem intelligenten Personaleinsatz (Springer und Paten für die Vororte) Kosten einspart und Bürgerinnen und Bürgern in der City den gleichen Service wie in den Vororten angeboten werden kann.

Beschluss Nr. 0014

1. Der mündliche Bericht von Herrn Stadtrat Grella wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2006

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2006

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister